

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Möslang,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger von Linkenheim-Hochstetten,

seit ich als Gemeinderätin tätig bin, gehe ich mit anderen Augen durch die Welt und sehe überall die Zeichen der kommunalen Finanzkrise: meine Urlaubsgemeinde im Schwarzwald muß ihr Schwimmbad schließen, die Stadt, in der ich aufgewachsen bin hat 48 Millionen Euro Schulden und verkauft ihre Eissporthalle, und die Stadt Karlsruhe beschließt schmerzhaft Sparmaßnahmen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Im Vergleich dazu geht es uns in Linkenheim-Hochstetten eigentlich gut. Ich möchte die angespannte Haushaltslage keinesfalls schönreden oder eine naive Sorglosigkeit an den Tag legen, trotzdem erscheint mir diese Feststellung wichtig.

Es ist Dankbarkeit angezeigt gegenüber all denen, die mit großer Sorgfalt und Umsicht die langjährige Schuldenfreiheit unserer Gemeinde erzielt haben.

Vieles was unseren Haushalt belastet haben wir als Kommune nicht in der Hand, wie zum Beispiel den deutlichen Anstieg der Kreisumlage, eine hohe Belastung durch Leistungen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes sowie den neu implementierten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule, der uns vor große finanzielle und organisatorische Herausforderungen stellt.

Die Aufgabe des Gemeinderates, mit den Ressourcen der Kommune verantwortungsvoll umzugehen ist somit heutzutage sicherlich viel schwieriger als für frühere Generationen.

Wir haben den Haushalt 2026 mit einem ordentlichen Ergebnis von -2,366 Millionen beschlossen, die Liquidität der Gemeinde ist jedoch vorerst gesichert und eine Kreditaufnahme derzeit nicht vonnöten.

Obwohl das Wort Sondervermögen – nicht ganz zu Unrecht – soeben zum Unwort des Jahres erklärt wurde ist uns das Sondervermögen des Bundes für die Infrastruktur, welches zu zwei Drittel den Kommunen zugute kommt, eine hochwillkommene Hilfe, die unser Haushaltsergebnis abmildert.

Es stehen in den nächsten Jahren große **Investitionen** an, in der mittelfristigen Finanzplanung ist ein Investitionsvolumen von 32 Millionen Euro vorgesehen, für den Haushalt 2026 ist ein Investitionsvolumen von 6,2 Mio. Euro angesetzt. Auf uns zu kommen der Neubau der alten Landstrasse, die Sanierung unseres Kanalnetzes, der Kindergartenneubau Virchowstraße, der Neubau des Sozialtrakts unseres Bauhofs sowie Baumassnahmen zur zeitgemässen Anpassung unserer Friedhöfe, um nur einige zu nennen. Die notwendige umfassende Modernisierung des Klärwerks wird als Eigenbetrieb ausgelagert und ist von diesen Zahlen noch gar nicht erfasst.

Hier im Gremium hat sich sehr oft die Fragen gestellt: muss das alles jetzt sein und geht es vielleicht auch billiger? Diese Fragen sind sinnvoll und berechtigt. Sie sind auch nicht pauschal zu beantworten, jedes Projekt muß für sich sorgfältig auf Notwendigkeit und Einsparpotential überprüft werden. Aber jeder der versucht umweltfreundlich mit der Bahn durch Deutschland zu reisen erfährt meist schmerzlich die Auswirkungen einer maroden Infrastruktur. Wir, die Fraktion Bündnis90/die Grünen stehen trotz der angespannten Haushaltslage hinter den Investitionsmassnahmen, weil wir es für essentiell wichtig halten, einen Investitionsstau zu vermeiden und die Infrastruktur in unserer Gemeinde auch für kommende Generationen funktionsfähig zu erhalten.

Ein Themenbereich, der uns als Fraktion Bündnis90/die Grünen besonders am Herzen liegt ist die **Kinderbetreuung**. Die Aufwendungen im Bereich der Kinderbetreuung stellen den größten Ausgabeposten im Ergebnishaushalt dar, die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten bezahlt im Jahr 2026 Zuschüsse von 7,1 Millionen Euro an die Träger unserer Betreuungseinrichtungen.

Hier wurden seitens der Gemeinde im letzten Jahr einschneidende Änderungen beschlossen: die Neuregelung der Geschwisterrabatte führt zu einer finanziellen Mehrbelastung von Mehrkindfamilien, was wir problematisch finden, hier haben wir uns für eine sozial verträglichere Variante eingesetzt.

Der neue Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter, auch in den Ferien, zwingt uns ebenfalls zur Umstrukturierung unseres Angebotes. Der spezialisierten Profilierung der beiden Grundschulen mit Konzentration des Ganztagesangebots im Ortsteil Linkenheim und Profilierung der Grundschule Hochstetten als Halbtagschule und Halbtagshort haben wir zugestimmt, ebenso der Verschlankung des Angebots im Kita- und Kindergartenbereich mit Aufgabe zeitgemischter Gruppen, weil wir die Notwendigkeit dieser Maßnahmen realistisch sehen.

Hier stehen wir im Spannungsfeld von notwendigen Maßnahmen einerseits und der Leistbarkeit der Kinderbetreuung sowie dem Erhalt der Betreuungsqualität auf der anderen Seite.

Die Kinderbetreuungskosten sind derzeit für die Gemeinde leider ein Fass ohne Boden. Das kann so nicht weitergehen, und keinesfalls kann diese stetige Verteuerung immer an die Familien weitergegeben werden. Ein Kitaplatz kostet in unserer Gemeinde in den Einrichtungen der Diakonie in der Ganztagesbetreuung unter 3 Jahren 570 Euro, das ist ein Betrag, der für viele Mütter die Aufnahme einer Berufstätigkeit nicht mehr sinnvoll macht. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besonders für die Frauen ist unter diesen Voraussetzungen massiv gefährdet, was sich auch bereits in einer sinkenden Inanspruchnahme des U3-Betreuungsangebotes zeigt. Eine Kinderbetreuung, die nur mehr für Gutverdiener leistbar ist kann nicht unser Ziel sein.

Nicht nur die Kosten im Kinderbetreuungsbereich steigen stetig, auch die **Personalkosten** der Gemeinde Linkenheim-Hochstetten erreichen mit 7,7 Millionen Euro im Haushalt 2026 schwindelnde Höhen und machen damit sogar

mehr aus als die Zuschüsse zur Kinderbetreuung. Auch die Entwicklung der letzten Jahre verläuft parallel zu jener der Kinderbetreuungszuschüsse: die Personalkosten sind allein in den letzten 5 Jahren um 2 Millionen Euro angestiegen.

Natürlich wollen wir eine personell gut ausgestattete und handlungsfähige Verwaltung und ausreichend Personal, das die vielfältigen Aufgaben der Gemeinde ausführt. Dem Stellenplan 2026 haben wir zugestimmt, da insbesondere im Bereich der Abwasserentsorgung durch neue Anforderungen vermehrt qualifiziertes Personal vonnöten ist, um den Betrieb unseres Klärwerks sicherzustellen. Für die Zukunft ist es jedoch sicherlich notwendig, zu versuchen die Kurve der Personalkostenentwicklung wieder abzuflachen.

Die Obdachlosen- und Flüchtlingsbetreuung in Linkenheim-Hochstetten ist eine Erfolgsgeschichte: 166 Personen befinden sich derzeit (Stand 9/25) in der kommunalen Anschlussunterbringung, 100 davon aus der Ukraine, 66 aus anderen Herkunftsländern. Es gibt viele Beispiele gelungener Integration von Menschen, die den Einstieg ins Berufsleben geschafft haben und aus der Anschlussunterbringung entlassen werden konnten.

Dass die Betreuung und Integration Geflüchteter in unserer Gemeinde gut funktioniert und ein friedliches Miteinander herrscht ist der Arbeit unserer Integrationsbeauftragten Frau Alaoui, dem ehrenamtlichen Engagement insbesondere des Arbeitskreises für Integration sowie der guten Vernetzung in diesem Bereich zu danken.

Das Konzept der dezentralen Unterbringung hat sich bewährt und trägt sicherlich zur Integration und zum sozialen Frieden bei. Dem Erwerb mehrerer Immobilien zur Nutzung als Unterkunft für Geflüchtete haben wir daher zugestimmt.

Das Science Magazin kürt den globalen Zuwachs der **erneuerbaren Energien** zum Durchbruch des Jahres 2025, erstmals wurden weltweit aus Sonne und Windkraft mehr Strom erzeugt als aus fossilen Brennstoffen. Wo stehen wir in Linkenheim-Hochstetten?

Laut Daten von Autensys erzeugt Linkenheim-Hochstetten 30% des Stromverbrauchs seiner kommunalen Liegenschaften mit den gemeindeeigenen Photovoltaikanlagen. Das 2020 gesetzte Ziel der bilanziellen Stromautarkie kommunaler Gebäude, also die Steigerung dieses Anteils auf 100% ist derzeit leider nicht einzuhalten, hohe Anschaffungskosten, niedrige Einspeisevergütungen und lange Amortisationszeiten machen dies unwirtschaftlich. Die Gemeinde konzentriert sich auf die Errichtung von Anlagen, die überwiegend auf Eigenverbrauch ausgelegt sind, wie dies beim Wasserwerk und beim Klärwerk der Fall ist. Diese Änderung der Strategie haben wir mitgetragen. Der Evaluierung weiterer Flächen für Freiflächen-PV stehen wir positiv gegenüber.

Unser Gemeindeentwicklungskonzept nennt die effiziente Nutzung regenerativer Energien und den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energieanlagen als zentrales Entwicklungsziel. Im November haben wir die kommunale Wärmeplanung beschlossen, die ein strategisches Instrument zum Erreichen der Klimaschutzziele darstellt.

In diesem Bereich gibt es also noch viel zu tun, wir wünschen uns, dass der begonnene Weg mit innovativen Ideen weiter beschritten wird und dieses so wichtige Thema nicht der bedrohten Finanzlage zum Opfer fällt.

Im Oktober wurde das **Waldleitbild** fortgeschrieben nach Einarbeitung der Waldnaturschutzkonzeption. Unser Wald ist primär Erholungswald und nicht Nutzwald, es geht nicht um betriebswirtschaftliche Forstwirtschaft, sondern um die Waldpflege. Dies spiegelt sich im Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2026 mit einem Defizit von 87.000 Euro wieder. Die Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte besteht darin, den Wald so weiterzuentwickeln, dass er sich an die veränderten klimatischen Bedingungen so gut wie möglich anpassen kann, diesbezüglich sehen wir unseren Wald in guten Händen.

Die Planung für unser Neubaugebiet **Nußbaumhecken** ist vor Jahren hoch ambitioniert gestartet, von Teilen des Plans wie der Quartiersgarage und dem Nahwärmenetz haben wir uns bereits verabschiedet. Nun geht es darum, wie der ursprünglich als eingeschränkte Gewerbefläche geplante Gebietsteil genutzt werden soll.

Mit der Eröffnung von Bauabschnitt A des Carré am Markt ist unser Ort vielfältiger geworden, mit einem ansprechenden Begegnungsort, neuen Läden und Gastronomie sowie dem Einzug des Polizeipostens.

Das als Gewerbefläche vorgesehene Areal als allgemeines Wohngebiet umzuwidmen wäre zwar finanziell die beste Variante gewesen, hätte jedoch die Chance vertan, diese Entwicklung weiterzuführen. Wenn vor Ort Neues und Innovatives entstehen kann erhöht dies die Attraktivität der Gemeinde sowie die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner und steht der Entwicklung zum „Schlafdorf“ entgegen. Mit der Umwidmung in ein urbanes Gebiet hoffen wir auf eine gute und spannende Kompromißlösung.

In der im letzten Jahr beinahe allgegenwärtigen Frage der Parkraumbewirtschaftung am Baggersee denken wir, dass die getroffene Regelung sozial verträglich und wirtschaftlich sowie ökologisch sinnvoll ist. Besonders gut fanden wir hier die sachorientierte, geschlossene Haltung des Gremiums über alle Fraktionsgrenzen hinweg

Wir, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stimmen der Haushaltssatzung 2026 und den Wirtschaftsplänen der Wasser- und Energieerzeugungsbetriebe in der vorgelegten Form zu.

Abschließend möchte ich zu meinem Gedanken vom Anfang zurückkommen, der Dankbarkeit und der Wertschätzung für das, was wir haben und was bei uns gut ist. Die Feierlichkeiten und Veranstaltungen zum Fusionsjubiläum 50 Jahre Linkenheim-Hochstetten waren ein eindrucksvolles Zeichen von gesellschaftlichem Zusammenhalt und vielfältigem Engagement. In Zeiten einer

unsicheren Weltlage, wo uns die Nachrichten jeden Tag aufs neue fassungslos machen und wir alle uns um den Erhalt des Friedens in unserem Land sorgen können wir zumindest versuchen, alles zu tun, um Frieden und Zusammenhalt in unserer Gemeinde zu fördern und zu leben.

In diesem Sinne möchte ich mich bedanken bei

- Herrn Bürgermeister Michael Möslang für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.

- den Amtsleitern Herrn Thate, Herrn Schäfer und Herrn Schlenker und allen Verwaltungsmitarbeitern die jederzeit geduldig bereit waren, auch den neuen Mitgliedern des Gemeinderates die Dinge verständlich zu machen

- Carmen Groh für die umsichtige und stets freundliche Betreuung

- und allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mit denen immer über alle Fraktionsgrenzen hinweg ein sachorientierter, wertschätzender und oft auch humorvoller Diskurs möglich war.

Uns allen wünsche ich für 2026 eine gute Zusammenarbeit zum Wohl unserer Gemeinde.